Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 7 (1927-1928)

Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vieler Elemente letzter Ring,
Zweier Kräfte flüchtige Vereinung.

Nur ein Fünklein Empfindung, ein Flämmchen Leidenschaft! seufzt man angesichts solcher gereimten Alltäglichkeiten, die neben dem überheblichen Preislied des Verlages kläglich genug dastehen. Einzig die suggestive Macht der Reklame und das ansteckende Grauen der kritischen Geister, mit einer eigenen Meinung allein zu stehen, mögen erklären, wie sich eine Persönlichkeit von so ausgesprochen intellektueller Geisteshaltung mit so mancher Veröffentlichung nun schon auf dem Gebiet der Lyrik behaupten konnte. Auch dies gehalt- und gestaltarme „Werk der Welt" wesentlich also wieder ein Versagen in allem, worauf es in lyrischer Dichtung ankommt. Eine ungern gemachte Feststellung! Doch es muß einfach Raum geschafft werden dem Tüchtigen und Kernhaften, das auch da ist, aber nicht aufkommt in der Stickluft von Phrase, Literaturgeckentum und modisch parfümiertem Bluff.

Hiltbrunner hat uns stimmunggesättigte und eigenwillige Prosa geschenkt. Allein unsere Epiker wollen zur Zeit durchaus auch als Lyriker Geltung gewinnen. Da hat Hiltbrunner von Hamsun ein Bändchen Gedichte übersetzt, an dem außer dem Preis nur noch die innere Dürftigkeit bemerkenswert ist. Das Lied ist ein strenger Prüfstein für seelische Wucht und Tiefe, und just in diesen Versuchen der nordischen Berühmtheit wird peinlich offenbar, daß ein glänzender Journalist nicht ohne weiteres auch das Zeug zu einem Poeten hat. (Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Zentralismus und Föderalismus. — Zwei Neuerscheinungen zur jüngsten Geschichte und zur gegenwärtigen Lage der Schweiz.

„Der Föderalismus wittert Frühlingsluft. Er ist daran, Verstimmungen im Volk gegen den Staat nach alten Heften auszunützen." Dieser jüngste Ausspruch der „Thurgauer Zeitung" kennzeichnet sicherlich richtig eine Seite unserer gegenwärtigen staatspolitischen Lage. Er bedarf nur insofern der Ergänzung, als der Föderalismus nicht erst heute, d. h. in der allerjüngsten Zeit Frühlingsluft wittert, sondern daß wir es dabei mit einer Erscheinung zu tun haben, die seit bald zwei Jahrzehnten zu beobachten ist, also schon in die letzten Vorkriegsjahre zurückreicht. Zu beachten ist ferner, daß die Ursachen dafür nur zum Teil in einem wirklichen Kräftezuwachs der föderalistischen Richtung und Volksgruppen zu suchen sind, zur Hauptsache dagegen in der Erschlaffung der zentralistischen Richtung, im Fehlen eines einheitlichen, parteimäßig geschlossenen Willens zum starken Staate, wie er in den Jahrzehnten, die den Verfassungen von 1848 und 1874 voraufgingen, vorhanden war. Sicher aber ist, daß diese Frage Zentralismus oder Föderalismus auch heute noch, oder heute wieder, genau wie vor hundert Jahren, die Kernfrage unseres staatspolitischen Daseins darstellt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die beiden Begriffe inhaltlich mancherlei Wandlung erfahren haben und daß auch heute unter ihnen nur jene letzte gegen-

sätzliche Einstellung zum Staate zu verstehen ist, zu deren Kennzeichnung sie im Verlaufe der Geschichte je und je gedient haben.

Von den zwei geschichtlichen Triebkräften des Föderalismus hat die eine zweifellos an Bedeutung und Wirkung verloren, die andere dagegen vermehrte Bedeutung gewonnen. Darüber hat vor einiger Zeit das katholische Luzerner „Vaterland" richtig ausgeführt:

„Für uns in der Schweiz ist und bedeutet der Föderalismus vor allem Minoritätenschutz, Schutz der nationalsprachlichen und der konfessionellen Minderheiten. In letzterer Hinsicht ist er für die Schweiz, bei der fortgeschrittenen konfessionellen Mischung der Bevölkerung kaum noch von der großen Bedeutung wie früher; die Diaspora auf katholischer wie auf protestantischer Seite hat unmittelbar für sich am Föderalismus wenig Interesse, eher das Gegenteil. Mehr Bedeutung und Gewicht hat für uns das nationalsprachliche Moment... Man weiß, mit welch starkem Nachdruck seit dem Weltkrieg die Minderheit der romanischen Kantone und Volksteile — verständlicher und berechtigter Weise — den Föderalismus bei uns hochhält."

Das heißt mit anderen Worten, daß der Föderalismus für den katholischen Volksteil seinen Charakter als grundsätzliche Kampfeinstellung verloren hat. Achtzig Jahre Bundesverfassung mit Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit haben bereits zu einer so weitgehenden Vermischung der kantonalen Bevölkerungen geführt, daß über die Ausdehnung oder Nichtausdehnung der Bundesgewalt längst zweckmäßigerweise nur noch von Fall zu Fall entschieden wird. (Im Jahre 1850 wohnte nur etwas mehr als ein Zwanzigstel aller Schweizerbürger in einem andern als dem Heimatkanton, 1900 war es schon beinah ein Fünftel.) Entsprechend nimmt denn auch seit Jahrzehnten der katholische Volksteil lebhaften Anteil an der politischen Arbeit im Bunde. Noch kürzlich hat am schweizerischen katholisch-konservativen Parteitag der Parteipräsident Räber sich dazu mit folgenden Worten geäußert:

„Das politische Leben unseres Landes macht immer noch eine Krisis der Nachkriegszeit durch, die sich durch Verstimmung und Unlust für die Lösung politischer und nationaler Probleme äußert. Viel leichter und viel populärer wäre es da, in politischer Negation und Obstruktion zu machen, als allen Widerständen zum Trotz aufbauend mitzuarbeiten."

Gleichzeitig werden allerdings auch die Grenzen für die Möglichkeit einer solchen Mitarbeit gezogen:

„Der Finanzausgleich muß unser großes politisches Ziel sein, um eine ständige direkte Bundessteuer im Interesse der Selbständigkeit der Kantone zu vermeiden... Der Bund muß sich einmal dazu bequemen, sich nicht immer neue Aufgaben mit großen Ausgaben aufzuhalsen."

Am klarsten kommt diese Einstellung vielleicht in den Kommentaren der katholischen Presse zu den entsprechenden Vorgängen in Deutschland zum Ausdruck, die, wie wir schon mehrmals zu erwähnen Gelegenheit hatten, in unserer katholischen Öffentlichkeit mit so viel mehr Anteil und Verständnis verfolgt werden, als etwa in der freisinnigen.

„Wir föderalistischen Schweizer — ist da im „Vaterland" aus der Feder von Redaktor Aufdermauer zu lesen — haben alles Verständnis für die Bayern und Schwaben und alle die andern, die ihre staatliche Individualität und mit ihr noch einiges mehr nicht aufgeben wollen zugunsten eines Einheitsbreies, in dem sie letzten Endes rettungslos ersticken müßten, denn wir handeln im kleineren Rahmen genau so — und zwar mit gutem Grund und mit reiflicher Überlegung — wie sie im großen."

Oder einige Wochen früher im gleichen Blatt:

„Daß wir schweizerischen Föderalisten den Übergang des Reiches zum Einheitsstaat nicht begrüßen können, liegt auf der Hand. Eine Lehre können und sollen wir aus dem, was im Reich vor sich geht, ziehen. Wenn die Eigenstaatlichkeit der Kantone aufrecht erhalten werden soll, dann muß auch möglichst weitgehend ihre finanzielle Selbständigkeit gestützt und er-

halten werden. Es darf bei uns eine Erzberger'sche Steuerreform nicht geben. Die dauernde direkte Bundessteuer würde der Anfang vom Ende des Föderalismus, der Selbständigkeit der Kantone sein."

Bemerkenswert ist auch die von Redaktor Wick im nämlichen Blatt gegebene Deutung:

„Während die Kantone die reine Demokratie, den Volksstaat haben als Schutzmittel gegen den notwendig gewordenen Zentralismus im Bund, entwickelt sich im Bunde statt der Demokratie der Beamtenstaat. So lautet denn der Gegensatz präzis genommen nicht: Zentralismus und Föderalismus, sondern Beamtenstaat im Bund und Volksstaat in den Kantonen."

Enthält eine solche Darstellung viel Richtiges, so darf daraus doch keineswegs gefolgert werden, daß der Beamtenstaat einfach die Folge des Zentralismus sei. Ein Staat wird vielmehr dann zum Beamten- und reinen Verwaltungsstaat, wenn er sich keine höheren und größeren Aufgaben mehr stellt, wenn er ein Staat ohne Ehrgeiz, ohne sittliche und geistige Größe ist. Und das ist dann der Fall, wenn kein Volksteil mehr einen solchen Ehrgeiz besitzt, wenn es am notwendigen Willen zum Staat und zu seiner sittlichen und geistigen Größe fehlt, oder, wenn ein solcher Wille zwar vorhanden ist, er aber so starken Gegenkräften begegnet, daß er sich nicht mehr durchzusetzen vermag.

* * *

Damit kommen wir zur zweiten Triebkraft des schweizerischen Föderalismus. In einer Unterredung, die der neugebackene Neuenburger Nationalrat Favarger vor kurzem einem Redaktor der „Action Française" gewährte, wurde u. a. folgendes ausgeführt:

„In meiner Antwort an Leon Daudet (anläßlich dessen öffentlichem Vortrag in Neuenburg im November 1926) habe ich — so äußert sich Favarger seinem Befrager gegenüber — auf die Ähnlichkeit zwischen Frankreich und der Schweiz hingewiesen, die darin besteht, daß beide das Opfer einer übertriebenen, sich im Gegensatz zu ihrer geschichtlichen Überlieferung befindlichen und ihrer normalen Entwicklung verderblichen Zentralisation sind. Ich habe unsere Kantone, deren Selbständigkeit auf ein weniges beschränkt ist, mit den alten französischen Provinzen von 1789 verglichen. Ich habe weiter auf eine der Schweiz eigene Gefahr hingewiesen, auf den deutschen Einfluß. Dieser deutsche Einfluß, der ein staatssozialistisches und zentralistisches Programm zu verwirklichen sucht, wird durch den Sozialismus begünstigt, der als erste Stufe ein ähnliches Programm besitzt. Ich habe mir nicht versagen können, die Gleichgerichtetheit der deutsch-schweizerischen und der sozialistischen Ideen aufzuweisen. Ich habe Sorge getragen, zu erklären, daß wenn in der Schweiz auch nicht von einer monarchischen Überlieferung die Rede sein könne, doch die Ideen von Maurras bei uns eine nützliche Anwendung finden könnten."

Bekanntlich besitzen diese Ideen von Maurras und Daudet, d. h. des französischen Royalismus unter der jüngeren Generation der welschschweizerischen Bildungsschichten zahlreiche Anhänger. Das hat sich u. a. anläßlich einer Rundfrage gezeigt, die das „Journal de Genève" vor einiger Zeit in diesen Kreisen über die Demokratie veranstaltete und die eine außerordentlich starke Beeinflussung durch die Bewegung der „Action Française" und eine ebenso außerordentliche Unkenntnis unserer schweizerischen staatlichen Einrichtungen und Überlieferungen verriet. Daß Frankreich sich zu allen Zeiten bemüht hat, das schweizerische Staatswesen als solches möglichst kraftlos und ohnmächtig zu erhalten und entsprechend stets als Vorkämpfer und Hüter des schweizerischen Partikularismus und Föderalismus aufgetreten ist, lehrt die Geschichte. Daß auch die „Action Française" dieser französischen Überlieferung treu geblieben ist, versteht sich von selbst und kommt in ihren, in unserer letzten „Umschau" wiedergegebenen Ausführungen über die „so partikularistische", von dem „vereinheitlichenden Germanismus" bedrohte Schweiz genügend zum Ausdruck. In den Antworten auf die Rundfrage des „Journal de Genève" über die Demokratie wird daher denn auch nicht nur die Demokratie als „gewaltige Lüge" erklärt und zur Zerstörung

des Standbildes Rousseaus aufgefordert, es wird auch eine Beschränkung der Befugnisse und Aufgaben des Bundes verlangt, die nicht nur auf eine Rückgängigmachung des Bundesstaates von 1848 hinausliefe, sondern früher oder später zur faktischen Auflösung des schweizerischen Staatswesens führen müßte. Einige Proben aus den im „Journal de Genève" veröffentlichten Antworten mögen das dartun:

„Es ist selbstverständlich, daß jeder Kanton frei sein soll in der Wahl der Einrichtungen, die seinen besonderen Verhältnissen entsprechen. Wir Waadtländer sind Anhänger eines Staatsrates, der sich durch Kooptation bildet."

„Vor allem können wir nicht aufhören, die Unterdrückung des Nationalrates zu verlangen. Ein Bundesrat, der durch den Ständerat, unsere alte eidgenössische Tagsatzung beaufsichtigt und beraten wird, genügt, um gute Gesetze zu machen."

„Im Bund Beschränkung der Befugnisse der Eidgenossenschaft auf das, was Maurras die königlichen Vorrechte nennt, was bei uns die Bundes-Vorrechte wären, das sind zur Hauptsache die auswärtigen Beziehungen, die äußere Politik und die Armee. Zu diesen, die die wichtigsten sind, treten aus Bequemlichkeit andere hinzu: Zoll, Geld, Handelsgesetzgebung. Alle andern Tätigkeiten würden der Privat-Tätigkeit überlassen (Eisenbahnen, Post, Telephon) und den Kantonen, die auf einzelnen Gebieten zur Bildung von Konkordaten verpflichtet werden könnten (Konkurs, literarisches und künstlerisches Eigentum)."

Man wird gut tun, diese und ähnliche, meist jugendlicher Begeisterung und Kampfeslust entsprungenen Äußerungen nicht allzu ernst zu nehmen. Ihr auffälligstes Merkmal ist doch vorwiegend krasse Unwissenheit in staatlichen Dingen. Solche spricht überdies auch aus einer Gleichstellung des französischen Zentralismus mit unsern bundesstaatlichen Einrichtungen, wie sie Nationalrat Favarger vornimmt. Ernster sieht die Sache dagegen aus, wenn man sich die systematische Herabsetzung vieler unserer bundesstaatlichen Einrichtungen und die Bekämpfung jedes weiteren Ausbaus derselben durch die nationalfranzösischgesinnte Presse der welschen Schweiz vergegenwärtigt. Wer aufmerksam verfolgt, was ein Blatt von der Größe und Wirkung einer „Gazette de Lausanne" fast täglich in dieser Hinsicht leistet, sieht sich unwillkürlich vor die Frage gestellt, ob hier nicht bereits die Grenze eines staatlich tragbaren, bezw. nicht mehr tragbaren „Föderalismus" erreicht ist. Einige Proben aus dem genannten Blatt mögen das verdeutlichen:

„Unter die Hauptgründe des teuren Lebens muß man den äußerst zentralistischen Bundesstaat zählen, dessen Bildung wir zugelassen haben."

„Ein schweizerisches Strafgesetzbuch kann nur eine Vermengung von sehr verschiedenen Auffassungen sein... Die wahre Lösung besteht in der Verbesserung einer Anzahl kantonaler Strafgesetzbücher."

„Die auf die Befreiung (von Bern) gerichtete Bewegung beunruhigt diejenigen, die nur davon träumen, alle schweizerischen Köpfe mit demselben, serienweise in den Werkstätten der eidgenössischen Gesetzgebung hergestellten Hut zu bedecken."

„Die Verlängerung der direkten Bundessteuer scheint der wahrscheinlichste Weg, den man zur Bezahlung des Eisenbahnfehlbetrages gehen wird. Die Sozialisten reiben sich stillschweigend die Hände und allem Anschein nach ist die Mehrheit der öffentlichen Meinung in der deutschen Schweiz bereit, diesen tödlichen Schlag gegen die Föderalismus hinzunehmen mit einer Resignation, die engelhaft wäre, wenn man darin nicht ein weiteres Anzeichen von bürgerlichem Defaitismus erblicken müßte."

„Einer der glänzendsten Erfolge der Partei der äußersten Linken besteht in der fruchtbaren Ausbeutung der besonders in den breiten Massen unserer Miteidgenossen verbreiteten Idee, daß man sich „verstehen" muß."

Nun ist allerdings die Meinung, daß eine „Verständigung" mit der sozialistisch organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft unmöglich und die Be-

kämpfung des Sozialismus das Ziel jeglicher staatspolitischer Tätigkeit zu bilden habe, eine Einstellung, die sich durchaus auch in der deutschen Schweiz, wie überdies in der ganzen europäischen Staatenwelt verbreitet findet. Es wäre daher ungerecht, einzig einen gewissen welschschweizerischen „Föderalismus" dafür verantwortlich machen zu wollen. Dagegen ist die Schärfe, mit der diese Einstellung sich hier geltend macht, doch wohl zu einem guten Teil auf seine Rechnung zu setzen, ohne daß diese damit allerdings eine wirklich sachliche Begründung fände. Denn an sich liegt der staatliche Zentralismus, den man jetzt als ein Teufelswerk des Sozialismus und des damit gleichgesetzten deutschen Einflusses hinstellen will, dem Französischschweizer, zum mindesten dem Waadtländer, viel mehr im Blut als dem Deutschschweizer — was sich schon in den viel zentralistischeren Verfassungen der welschen Kantone zeigt.*) Auch fehlte es der französischen Revolution, die eben dieser Tage am Bankett der Lausanner Liberalen anläßlich des „Jahrestages der waadtländischen Unabhängigkeit", zusammen mit dem französischen Invasionsheer, als der Ursprung der „lemanischen Republik" und der „nationalen Unabhängigkeit" der Waadtländer und ihres „Begriffes eines Vaterlandes" gefeiert worden ist, doch sicherlich auch nicht an Zentralisation. Überdies haben vor achtzig Jahren die protestantischen Welschschweizer zu den eifrigsten Befürwortern und Vorkämpfern des Bundesstaates gehört. James Fazy leitete die Protestversammlung der Genfer Bevölkerung vom 5. Oktober 1846 gegen die dem sonderbündischen Föderalismus günstige Haltung des Genfer Großen Rates mit der Frage ein: „Wollt ihr savoyisch werden oder französisch? Oder wollt ihr Schweizer bleiben?" Ein Waadtländer, Druey, war der Verfasser des offiziellen Berichts über den Entwurf der Bundesverfassung vom 8. April 1848. All das ruft einigen Zweifeln an die Aufrichtigkeit dieses jüngsten Lausanner „Föderalismus". Nur wäre es natürlich grundfalsch, solche Zweifel etwa auf das berechtigte Selbstbehauptungsbedürfnis der romanischen Volksteile überhaupt ausdehnen zu wollen. Letztere haben sich in den vergangenen Jahrzehnten in ihrer Mehrheit ja auch keineswegs der Mitarbeit am weiteren Ausbau des Bundesstaates versagt. Man denke aus jüngster Zeit noch an das Eintreten der Waadtländer Bauern für das Getreidemonopol. Karl Wick hat im „Vaterland" einmal sehr richtig gesagt: „Föderalismus bedeutet nicht Ablehnung aller Zentralisation. Eine solche Ablehnung wäre nicht Föderalismus, sondern Partikularismus, der politisch und sozial ebenso unfähig wäre, wie ein den Föderalismus aufsaugender Zentralismus." Auch künftig wird jeder weitere Ausbau unserer bundesstaatlichen Einrichtungen der konfessionellen und sprachlichen Eigenart aller Volksteile vollauf Rechnung zu tragen haben. Nur darf die Behauptung der Eigenart und das zur Geltungbringen des eigenen Willens nicht in einen Kampf gegen den Staat und seine notwendige Weiterentwicklung ausarten. Das ist sonst nicht mehr Föderalismus, sondern Partikularismus. Was als im Interesse des Gesamtstaates unumgänglich notwendig erkannt ist, muß durchgeführt werden. Das sollten sich diejenigen Deutschschweizer gesagt sein lassen, die heute aus Rücksicht auf die Empfindlichkeit einiger welscher Kreise und aus Sorge vor einem sog. „Graben" die Einführung des allgemeinen Verbotes für fremde Orden ablehnen zu müssen glauben. Wer verdient denn, im Interesse unseres eidgenössischen Staatswesens, eher Unterstützung: diejenigen welschen Kreise, die für Annahme und öffentliches Tragen von Anerkennungszeichen auswärtiger Regierungen eintreten, oder diejenigen, die die Wirkung

*) Einen guten Einblick in die zentralistische Denkweise gewisser welscher Kreise gibt auch eine Äußerung Alfred Lombards in einem in der „Gazette de Lausanne" vom 5. Februar erschienenen Artikel „Betrachtungen über die Zweisprachigkeit":

„Man muß gewisse Selbsttäuschungen aufgeben, besonders eine falsche Sicherheit, die uns die kantonale Selbständigkeit oder was davon übrig ist, gibt. Um französisch zu sprechen — darin sind wir mit Herrn v. Reynold einig — muß man französisch denken. Aber wie kann man auf die Dauer französisch denken in einem Land, dessen Hauptstadt und dessen wirtschaftlicher Mittelpunkt deutsch sind?"

solcher Auszeichnungen und Verleihungen auf das eidgenössische Staatsbewußtsein ihrer Träger aus nächster Nähe zu beobachten genügend Gelegenheit hatten und entsprechend deren gänzliches Verbot verlangen?

* * *

Ein kurzer Blick wäre noch auf die zentralistischen Kräfte in unserem heutigen Staatswesen zu werfen. Dazu bietet wertvolle Anregung die kürzlich erschienene Schrift Emil Dürrs, des Professors für Schweizergeschichte an der Universität Basel, über „Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik" (Helbing & Lichtenhahn, Basel, 1928; 120 S.; Fr. 3.80). Sie ist nach den Angaben des Verfassers der Absicht entsprungen, „über die allgemeine Lage und das allgemeine Wesen der heutigen schweizerischen Politik ins Klare zu kommen". Und diese Lage wäre nun „auf eine tiefe Gegensätzlichkeit zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft, ja sogar zwischen Stadt und Land zurückzuführen". Da aber „die Sozialdemokratie Anhängerin von Staatswirtschaft und weitgehender staatlicher Einmischung in die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Allgemeinheit" ist, „währenddem die bäuerlichen Kreise durchaus privatwirtschaftlich eingestellt sind", hätten sich entsprechend auch „die alten Parolen: Hie Zentralismus! Hie Föderalismus! immer klarer und formulierter in die Antithese: Hie Staatswirtschaft! Hie Privatwirtschaft!" verwandelt.

Nach dieser Auffassung, wie sie hier Dürr vertritt, hätte man also in der parteimäßig organisierten Bauernschaft einen ausgesprochenen Kräftezuwachs für den Föderalismus zu erblicken. In einer solchen Auffassung liegt aber doch wohl eine weitgehende Verkennung des Wesens wie des Ursprungs der Bauernpartei. Wenn ein Stand für seine Weiterexistenz des staatlichen Schutzes bedarf und daher an einem starken Staat interessiert ist, so die Bauernschaft. Das kommt in den folgenden Äußerungen berufener Bauernvertreter aus jüngster Zeit mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Über die Folgen für die Landwirtschaft, wenn der Staat sich wirtschaftspolitisch mit einer Nachtwächterrolle begnügt, schreibt Nationalrat König in der „Schweizerischen Bauernzeitung":

> „Ganz bedenklich waren die Folgen für die Landwirtschaft in den Ländern, in denen die manchesterliche Wirtschaftsauffassung zur herrschenden wurde. Der schrankenlose Freihandel hat den Bauernstand in England sozusagen ganz ruiniert und in vielen andern Ländern stark dezimiert, so auch in der Schweiz. Ein Wiedererstarken der manchesterlichen Auffassung wäre deshalb vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus bedenklich und läge auch nicht im Interesse der dauernden Wohlfahrt unseres Landes."

An der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bauernverbandes vom Dezember vorigen Jahres hat der Bauernsekretär, Prof. Laur, u. a. ausgeführt:

> „Man hat den Eindruck, daß die Blütezeit der eidgenössischen Politik, die uns die Rechtseinheit, die Sozialversicherung, das Lebensmittelgesetz, die Militärorganisation, die finanzielle Gesundung der Eidgenossenschaft u. s. w. gebracht hat, ein vorzeitiges Ende gefunden habe. Die großen Aufgaben der Zukunft begegnen gewaltigen Schwierigkeiten. In einer Zeit, da in allen Ländern der Staat vor den höchsten Aufgaben zum Schutze der wirtschaftlichen Lage der Nation steht und die Parlamente auch vor weitgehenden Maßnahmen nicht zurückschrecken, ist bei uns die Gesetzgebung fast lahmgelegt."

Und in der „Schweizerischen Bauernzeitung" hat der gleiche Verfasser geschrieben:

> „Wohin soll das führen, wenn die Tätigkeit der Bundesversammlung und die ganze Entwicklung unseres öffentlichen Lebens immer mehr brachgelegt wird?... Die Hauptschuld an den Mißständen unserer Demokratie trägt die systematische Untergrabung des Staatsgedankens durch unsere bürgerliche Presse... Die bürgerliche Presse verbreitet Tag für Tag die Meinung, daß die Unfähigkeit des Staates und seiner Verwaltung die Schuld daran trage, daß die Bundesbahnen nicht niedrigere Tarife und höhere Gewinne hätten... Man muß sich nicht wundern, wenn schließlich im Volke eine eigentlich staatsfeindliche Stimmung entsteht... Viele Leute

sind bereit, jedem ihre Stimme zu geben, der über den Staat, die Behörden, die Verbände und die Führer recht schimpft."

Während so nach diesen Äußerungen von bäuerlicher Seite — neben der zentralistisch-staatswirtschaftlich gerichteten Arbeiter- und Angestelltenschaft — gerade die Bauernschaft ein Bejaher und Hauptträger des starken Staates mit großem Aufgabenkreis auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist, und die Verantwortung für die Mißstände unserer heutigen Demokratie, d. h. am Brachliegen unseres staatspolitischen Lebens, dem staatsmüden Bürgertum zufiele, schiebt Dürr umgekehrt die Schuld daran der „Verwirtschaftlichung der politischen Motive" zu, die zum Ausscheiden der Arbeiter- und Bauernschaft aus der freisinnigen Partei und zur Bildung besonderer Arbeiter- und Bauernparteien mit rein wirtschaftlicher Zielsetzung geführt habe. Es ist nur die Frage, ob Dürr mit dieser Prägung des Schlagwortes von der Verwirtschaftlichung der politischen Motive nicht einer Gefahr erlegen ist, der „historische" Parteien sehr gerne erliegen, indem sie nämlich die Taten ihrer Partei aus deren Entstehungs- und Blütezeit nicht mehr nach ihren treibenden Kräften verstehen, sondern die nachträglichen begrifflichen Idealisierungen für deren Ursache halten. Zu allen Zeiten ist Politik aus Not und Zeitgebot entstanden. Und unter den „politischen Motiven" sowohl des Umsturzes von 1798 wie der Verfassungsänderungen von 1848 und 1874 haben solche „wirtschaftlicher" Art eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Und sie werden es auch bei der künftigen Gestaltung des schweizerischen Staatswesens spielen. So scheint uns denn die Dürr'sche Schrift, so sehr sie als solche anspricht und im Einzelnen wertvolle Anregung zu vermitteln vermag, in der Grundeinstellung allzu parteibedingt und in diesem Sinne mehr politisch als historisch (sie nennt sich im Untertitel „eine historisch-politische Betrachtung . . ."). Entsprechend ist es ihr auch versagt, die letzten bestimmenden Linien in dem mannigfaltigen und vielgestaltigen staatspolitischen Gegenwartsgeschehen aufzuweisen.

* * *

Den Anspruch, diese Gefahrenklippe der eigenen Parteiidealisierung umgangen zu haben, darf ein anderes, ebenfalls kürzlich erschienenes Buch erheben: Eduard Fueters Geschichte der Schweiz seit 1848. Schon seiner Absicht nach handelt es sich dabei ja nicht um ein Buch, das zu den allerjüngsten Geschehnissen Stellung beziehen muß, wie die Schrift von Dürr. Aber wer eine Zeitgeschichte schreibt, die bis zur Gegenwart reicht, ist in seinen Anschauungen doch meist irgendwie zeitbedingt. Es fehlt ihm notwendigerweise am Abstand von den Dingen. Was die wirtschaftlichen und gesellschaftskritischen Teile des Buches betrifft, so hat Fueter sich aber einen weitgehend unabhängigen Standpunkt zu wahren vermocht, so daß in dieser Richtung sein Buch, methodisch wie durch ein scharfes Erfassen und Herausarbeiten der jeweils bestimmenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte, zu den wertvollsten Veröffentlichungen über die letzten acht Jahrzehnte der Schweizergeschichte zählt.

Dieses Urteil muß allerdings gleich eine Einschränkung erfahren. Dem Wirtschafts- und Gesellschaftshistoriker Fueter scheint der Sinn für die raumpolitische und nationalpolitische Seite der Geschichte weitgehend zu fehlen. Daher ermangeln die Abschnitte über die jeweilige außenpolitische Lage der Schweiz, die nun eben durch die großen raum- und nationalpolitischen Auseinandersetzungen in Europa entscheidend bestimmt wird, nicht nur jeder Ursprünglichkeit; es kommt in ihnen nun auch eine äußerst einseitige Stellungnahme des Verfassers für oder gegen einzelne europäische Großmächte zum Durchbruch, die dann im Kapitel über die Schweiz und den Weltkrieg geradezu groteske Stilblüten treibt. Warum beispielsweise im Abschnitt „Stellung zum Ausland" von 1900—1914 den sog. Mehlkonflikt mit Deutschland ausführlich darstellen, dagegen im entsprechenden Abschnitt 1875—1900 den sich über mehr als zwei Jahre hinziehenden schweizerisch-französischen Zollkrieg mit keinem Wort erwähnen? Und sind wirklich alle jüngeren schweizerischen Parteien aus bloßer Nachahmungssucht deutscher Verhältnisse entstanden, oder verhält es sich nicht

vielleicht so, daß ähnliche wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklungen in beiden Ländern notwendigerweise ähnlichen Parteibildungen riefen?

„Die jungkonservativ-katholische Partei entlehnte mehr als eines ihrer taktischen Mittel dem deutschen Zentrum... Daß die sozialdemokratischen Politiker in der Schweiz einfach das deutsche Vorbild kopierten, war sowieso selbstverständlich... Am deutlichsten läßt sich aber die deutsche Einwirkung wohl bei der Bildung der Bauernparteien in der Schweiz beobachten. Es entsprach zweifellos mehr deutschen als schweizerischen politischen Sitten, wenn sich politische Vereinigungen bloß auf Grund gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen bildeten."

Also nun plötzlich doch die, durch einen ausgesprochenen Deutschlandkomplex gefärbte Brille! Das wird umso schlimmer, je näher wir den jüngsten Zeitereignissen kommen. Das Kapitel über die wirtschaftliche Lage der Schweiz im Weltkrieg wird eingeleitet mit dem klassischen Satz: „Die Kriegserklärungen Deutschlands und Österreichs an Rußland und Frankreich im August 1914 versetzten die Schweiz wirtschaftlich in eine sehr bedenkliche Lage." Die Kriegserklärungen? Nein, doch wohl nicht, sondern der sich an sie anschließende Weltkrieg. Aber wie fein wird so, unter Vermeidung einer ausdrücklichen Erwähnung der Kriegsursachen, dem Leser die Vorstellung beigebracht, daß Deutschland und Österreich mit ihren Kriegserklärungen an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Schweiz während des Krieges Schuld seien. Solchen kleinen, den Zeitgenossen aus der früheren journalistischen Tätigkeit des Verfassers nicht unbekannten Perfidien begegnen wir noch mehr. Zum Beispiel ist da von Konstellationen die Rede,

„unter denen es für eine der Kriegsparteien vorteilhafter gewesen wäre, wenn die Schweiz ihren strategischen Operationen kein Hindernis in den Weg gelegt hätte. Es sind denn auch wohl bei allen benachbarten Mächten Pläne zu einem eventuellen Durchmarsch durch die Schweiz ausgearbeitet worden, im besonderen wird berichtet, daß Deutschland nach der Niederlage der italienischen Truppen auf dem Karfreit den Gedanken erwogen habe, durch die Schweiz den italienischen Armeen in den Rücken zu fallen".

Wir möchten bezweifeln, daß überhaupt bei irgend einer Nachbarmacht ein Durchmarschplan durch die Schweiz ausgearbeitet worden ist. Aber wenn man sagt, „es sind wohl (!) bei allen benachbarten Mächten Pläne ausgearbeitet worden", so beweist man damit seine Objektivität und kann dann ruhig fortfahren: „im besonderen wird berichtet" (wo wird berichtet?), und den konkreten Verdacht nun auf einen bestimmten Nachbarn hinlenken! Eine solche Ausdrucksweise läßt man zur Not noch einem minderwertigen Journalismus passieren, nicht aber einer geschichtlichen Darstellung. Die Beispiele lassen sich vermehren:

„Die Zahl derjenigen in den obersten verantwortlichen Stellen war nicht gering, die zu dem politischen System Deutschlands an sich nicht schlechthin eine Zuneigung empfanden, aber der Ansicht waren, daß das deutsche Reich als der mächtigere und letzten Endes siegreiche Staat am meisten geschont werden müsse. Man wird kaum fehl gehen, wenn man dieser Haltung schon eine starke, vielleicht entscheidende Einwirkung auf die zu Anfang des Krieges erfolgte Wahl des Generals zuschreibt."

Dann zum Fall Hoffmann:

„Er (Hoffmann) versuchte durch eine separate Aktion Rußland zu einem Friedensschlusse zu bewegen und zwar unter Ausdrücken, die gedeutet werden konnten, als wenn er im Auftrag der Zentralmächte handelte. Diese Auffassung war vermutlich (vermutlich!! der Rezensent) falsch und vor allem spricht alle Wahrscheinlichkeit (Wahrscheinlichkeit!!) dafür, daß Bundesrat Hoffmann nicht aus unneutraler Gesinnung heraus, sondern in der bloßen Absicht, den Krieg abzukürzen, seine Anregung gemacht hat. Aber schon diese Absicht mußte, so wie die Dinge damals lagen, als eine Begünstigung der Zentralmächte ausgelegt werden und es war deshalb eine Pflicht der Selbsterhaltung der Schweiz, daß sie das Mitglied der obersten Exekutive, das die Eidgenossenschaft diplomatisch kompromittiert hatte, desavouierte und durch einen Genfer Staatsmann (Gustave Ador) ersetzte.

von dem gefährliche Einmischungen dieser Art in die Kriegspolitik der Großmächte nicht erwartet werden konnten."

Diese Sätze, besonders derjenige über Ador, dürften eine ziemlich starke Zumutung an die deutsche Schweiz darstellen. Aber Fueter scheint in seinem blinden Deutschen-, und man könnte fast sagen Deutschschweizer-Haß jedes Augenmaß zu verlieren, wo er über Dinge spricht, die noch nicht mehr als anderthalb Jahrzehnte zurückliegen. „In der französischen Schweiz war die große Mehrzahl getreu ihrer liberalen Überzeugungen „deutsch-feindlich"" (und der zaristische Bundesgenosse Frankreichs?). Bei vielen Deutschschweizern dagegen waren „die Sympathien für Deutschland stärker als eine solche patriotische Überlegung", wie die Mißbilligung der Verletzung der belgischen Neutralität sie dargestellt hätte (und die Mißbilligung der Verletzung der griechischen Neutralität?). „Die obersten schweizerischen Behörden, zumal die militärischen, beobachteten durchaus nicht immer die Reserve, die von den Verfechtern einer absoluten (geistigen) Neutralität hätte verlangt werden können" (Ador brachte ja dann als Bundesrat die notwendige Korrektur). Wir wollen uns aber mithin von Fueter als dem natürlich einzig wahren Verfechter einer absoluten geistigen Neutralität der Schweiz verabschieden, mit dem Bedauern, daß er noch neuneinhalb Jahre nach Kriegsende seine Kriegsmentalität nicht abzureagieren vermocht und so den wissenschaftlichen und erzieherischen Wert seines in vielen Teilen wertvollen Buches selbst zerstört hat.

Zürich, den 2. Februar 1928.

Hans Oehler.

Zur politischen Lage.

„Verschweizerung". — Wie weit diese gehen kann, wenigstens in einem Gehirnkasten. — Die politische Stellung der europäischen Neutralen.

Seit einiger Zeit kann man in der deutschen politischen Literatur hie und da dem Ausdruck „Verschweizerung" begegnen. Was soll damit gesagt werden? Ganz offenbar sucht man damit den politischen Zustand zu bezeichnen, den man für die Schweiz als charakteristisch ansieht: Den freiwilligen Verzicht auf jede Ausdehnung. Sicher ist dieser Verzicht bei keinem andern Staat, der überhaupt noch auf diesen Namen Anspruch erheben darf, so ausgeprägt wie gerade bei uns. Das im letzten Jahrhundert völliger Neutralität allmählich herangewachsene außenpolitische Ideal der Schweiz ist die lückenlose Erhaltung des einmal vorhandenen Zustandes. Jede Veränderung desselben wird schroff abgelehnt. Eine Vergrößerung des Landes, eine Ausdehnung des politischen Machtgebiets wird kaum in den Bereich der Erwägung gezogen. Das ist das Ergebnis der Entwicklung, auch der Erziehung. Daß aber unter außerordentlichen Umständen doch wieder der Ausdehnungstrieb auf politischem Boden durchschlägt, dafür haben die Jahre 1918—20 mit den Versuchen zum Anschluß Vorarlbergs den Beweis geliefert. Und die gleichen Erwägungen spielen bei dem allmählichen Aufsaugen Lichtensteins eine Rolle. Im übrigen aber kommt der politische Wille in der Außenpolitik nur noch bei dem zähen Behaupten aller einmal erworbenen Stellungen zur Geltung. Der Kampf um die Neutralitätszone in Savoyen, um die Wirtschaftszonen um Genf, um den Rhein hat das zur Genüge gezeigt. Gerade dieser Kampf hat aber auch mit überzeugender Klarheit nachgewiesen, wie schwierig, ja verzweifelt diese reine Verteidigung ist, wenn der Gegner wirklich angreifen will. Und wenn nicht alles trügt, gehen wir an der Südgrenze ähnlichen Erfahrungen entgegen. Die ganze außenpolitische Lage und Haltung der Schweiz ist so scharf umrissen und so bezeichnend, daß man wohl begreifen kann, daß man darnach ein neues politisches Schlagwort prägen kann.

Man kann auch begreifen, daß dieser Ausdruck gerade heute in Deutschland geprägt wird. Er entspricht der dortigen politischen Lage. Deutschland hat heute die Wahl zwischen einer aktiven Politik, die möglichst viel von dem 1918 Verlorenen zurückzugewinnen versucht, und zwischen einer Politik des Verzichts.

Im Westen ist mit dem Abschluß der Locarnoverträge der Verzicht feierlich geschehen. Im Osten ist er bisher bestimmt abgewiesen worden. Frankreich und seine Verbündeten aber arbeiten mit aller Kraft daran, auch dort einen freiwilligen Verzicht Deutschlands zu erhalten. Im Großen stellt sich die Frage so, ob sich die Masse des Volkes um der Ruhe willen mit dem gegenwärtigen Zustand abfinden wird oder nicht. Dabei wird natürlich nie die Rede davon sein können, daß ein so großer Staat sich in der Außenpolitik ganz passiv verhalten oder auf Ausdehnungsbestrebungen verzichten wird. Es kann sich immer nur um ein Mehr oder Weniger handeln.

Stärker noch als für Deutschland kommt die „Verschweizerung" in Betracht für die kleinen deutschen Zwangsstaaten Österreich und Danzig. Irgendwelche Ausdehnungsmöglichkeit kommt hier gar nicht in Betracht; dafür fehlt die Fähigkeit. Jedes Vertrauen in die eigene Kraft mangelt. So erschöpft sich die politische Energie in den Anschlußbestrebungen an das Mutterland oder aber man findet sich mit der gegebenen Lage so gut als möglich ab. Bei Österreich gerade ist die Bildung einer der schweizerischen sehr ähnlichen Gesamtlage durchaus im Bereich der Möglichkeit. Hier könnte es zur „Verschweizerung" kommen.

* * *

Läßt sich so sicher der Ausdruck „Verschweizerung" zur Kennzeichnung eines politischen Vorganges prägen und anwenden, so liegt die Gefahr doch nahe, daß der Ausdruck dann für ganz andere Dinge gebraucht wird. Er wird ja in Deutschland ohnehin für Dinge angewendet, an denen man sehr wenig Freude hat. Von da bis zu einem sehr verächtlichen Beigeschmack ist es nur ein Schritt und kein großer. Wir haben es dann mit einem ähnlichen Ausdrucke zu tun, wie Verpreußung im Munde des Süddeutschen oder Verberlinerung u. s. w. Ob das sehr erfreulich ist? Ich möchte es energisch verneinen.

Die Sache geht aber noch weiter. Vor kurzem hat in Deutschland ein Buch des Professors Hans Freiherr von Liebig das Licht der Öffentlichkeit erblickt, das sich: „Die Verschweizerung des deutschen Volkes" betitelt.[1]) Ich möchte ihm keine allzu große Bedeutung beimessen; es wird die deutsche Politik kaum umstürzen. Da es sich aber schon im Titel und auch öfters im Inhalt mit der Schweiz und den Schweizern befaßt, so wollen wir Gegenrecht halten und uns mit ihm etwas näher einlassen.

Den Ausgangspunkt für das Ganze bildet auch hier die Besorgnis, daß Deutschland darauf verzichten könnte, sich als Großmacht weiter zu entwickeln, daß es selbstgenügsam seiner Wirtschaft und seinen kulturellen Bestrebungen leben könnte, daß es kurz gesagt die Rolle übernehmen könnte, die man ihm in Frankreich so gerne zudenkt. Das nennt der Verfasser „Verschweizerung". Er verbindet den Begriff nun noch mit seinem Antisemitismus. An dieser ganzen „Verschweizerung" und allem, was ihm in Deutschland nicht gefällt, sind nach seiner Ansicht die Juden schuldig. So wendet er den Begriff „Verschweizerung" ohne weiteres mit einem eleganten Sprung auch für das an, was er sonst Verjudung nennt. Und so lesen wir mit immer größerem Staunen von der rassischen Verschweizerung, der wirtschaftlichen, der kulturellen Verschweizerung, wir lesen von der Verschweizerung in der Wissenschaft, der Kunst, der Literatur, der Führung... Wir finden da Aussprüche wie: „Zum Beispiel ist der Bubikopf eine ausgesprochene Verschweizerungserscheinung." Damit darf ich wohl über diese Schrecknisse den Vorhang herunterlassen. Die Grenze des Lächerlichen ist da bei weitem überschritten. Eine solche Verquickung von Dingen, die miteinander sehr wenig zu schaffen haben, ist beinahe unbegreiflich.

Sie ist nur möglich gewesen, weil der Verfasser offenbar auch die Schweiz durch eine sehr merkwürdige Brille gesehen hat. Dafür ein paar Belege. Gleich zu Anfang heißt es: „Deutschland kann ... eine Art vergrößerte Schweiz werden. Dort sind ja die Bürger im Feiern nationaler Feste sogar noch recht rege und bilden sich ein, Herren im Lande zu sein. In Wirklichkeit leben sie in einer Kolonie des internationalen Kapitalismus, der ihnen seine Bedienung, den Ver-

[1]) Leipzig 1928, Hammer-Verlag.

waltungsdienst, Garten-, Ackerbau- und ähnliche Verrichtungen überläßt, solange und soweit er mit dieser Bedienung zufrieden ist." Einige Seiten weiter stellt der Verfasser folgende Überlegungen an: „Wofür lebt eigentlich das Volk der Schweizer noch? Wenn man einmal feststellen wollte, wie viel vom Schweizer Boden noch wirklichen Schweizern gehört, würde man wahrscheinlich zu erschreckenden Zahlen kommen. Die 15 Prozent ausländischer Bewohner, welche 1910 die Statistik erfaßt hat, geben sicher kein richtiges Bild." Für geradezu abgrundtiefe Kenntnisse unserer Verhältnisse legt jedoch die folgende Äußerung Zeugnis ab: „Ob innerhalb der Grenzen aus dem deutschen Neuenburg ein Neufchatel oder aus dem deutschen Pruntrut ein Porrentrui wird und dementsprechend die Bewohner wechseln, ist dem Schweizer gleich." Der Mann glaubt also allen Ernstes, daß der Kanton Neuenburg und der Pruntruter Zipfel früher deutsch gewesen seien. Solche Kenntnisse berechtigen sicher zu einem erfolgreichen Wettbewerb mit den besten Vertretern der Pariser Boulevardblätter, etwa Helsey u. s. w.

Man wird es nach dem Gesagten begreiflich finden, daß ich das Buch des Herrn von Liebig, soweit es sich mit schweizerischen Dingen befaßt, als eines der aller ... merkwürdigsten Geisteserzeugnisse ansehe, die sich seit langem der Verewigung durch die Druckerschwärze unterzogen hoben.

* * *

Wenn übrigens von deutscher Seite ziemlich von oben herab von der „Verschweizerung" gesprochen wird, so braucht uns das nicht weiter zu wundern. Es kommt hier die Gesinnung zum Ausdruck, die man in den politischen Kreisen der Großmächte wohl so ziemlich durchgehend für die neutralen Kleinstaaten hegt. Mit einer größeren oder kleineren Dosis Wohlwollen gemischt, herrscht überall das Gefühl völliger Überlegenheit. Diese Überlegenheit wird nicht nur in den Machtmitteln gesehen, wo sie ja handgreiflich ist, sondern in der Staatsauffassung und dem politischen Willen. Diese Denkweise ist in allen Großstaaten gegenüber all den neutralen Kleinen vorhanden.

Sie kommt ja nicht immer, sondern sogar recht selten deutlich zum Ausdruck. Es ist meist kein Anlaß dazu vorhanden. Zu befürchten hat man ja nichts, wohl aber können auch diese Kleinen bei richtiger Behandlung manchmal recht nützlich sein. Man kann sie wirtschaftlich gebrauchen. Man kann sie politisch gebrauchen, sei es nun im Völkerbund oder in irgend einer andern politischen Kombination. Man kann auch ihre Presse und öffentliche Meinung zur Stimmungsmache ausnützen. Aus allen diesen Gründen zieht man es vor, die Kleinen meist sehr freundlich, ja ausnehmend höflich und entgegenkommend zu behandeln. Freilich nur so lange sie nicht wichtige Interessen gefährden. Schon wenn es um einen Handelsvertrag oder dergleichen geht, kann man in aller Höflichkeit und Freundschaft sehr, sehr deutlich und energisch werden. Aber das geschieht doch nur ausnahmsweise von Regierungsseite. In der Zwischenzeit aber ereignet es sich wohl hie und da, daß einmal sonst irgend jemand gerade Ursache hat, aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen und daß er dann mancherlei von dem verrät, das man im allgemeinen denkt, aber doch selten sagt. Das ist den Schweizern gerade in letzter Zeit wiederholt passiert, aber recht wenig gnädig aufgenommen worden.

Daneben mag bei unzähligen Angehörigen der Großmächte ein sehr erhebliches Maß persönlichen Wohlwollens für einen oder mehrere dieser kleinen neutralen Staaten vorhanden sein. Dieses gründet sich meistens auf persönliche Beziehungen, Bekanntschaft mit den auf so vielen Gebieten recht beachtenswerten Leistungen der kleinen Staaten und dergl. Dieses Wohlwollen ist ein erhebliches Kapital für einen Kleinstaat. Man darf darüber aber doch nicht vergessen, daß es nicht unbedingt bis zu den maßgebenden Stellen hinauf zu reichen braucht, wo man seine Entschlüsse meist auf Grund sehr realer Erwägungen zu fassen pflegt. Man wird also darauf nicht felsenfest bauen können.

Welche Gruppe von Staaten kommt nun aber hier neben der Schweiz noch in Betracht? Es sind die im Weltkrieg neutral gebliebenen nordischen Staaten. Die seit 1918 neu entstandenen zahlreichen, teilweise recht kleinen und schwachen Gebilde in Osteuropa sind dazu nicht zu rechnen. Sie verdanken ihr Dasein

fast alle einem recht regen Nationalismus, der sie auch heute vorwärts treibt. Sie haben alle aktive Energien in sich und einen mehr oder weniger starken Ausdehnungstrieb. So ist von ihnen eine viel stärkere Außenpolitik zu erwarten als von der Schweiz und den nordischen Staaten. Mit ihnen müssen also die Großmächte ganz anders rechnen. Ihnen gegenüber ist die politische Einstellung demnach auch durchaus anders. Das hat natürlich mit der Einschätzung der Leistungen der Staaten oder ihrer Bevölkerung, mit Zuneigung oder Abneigung an und für sich nichts zu tun.

Geradezu überraschend ähnlich ist in vielen einzelnen Zügen die politische Einstellung der Holländer mit derjenigen der Schweizer. Und doch sind die Grundbedingungen für die beiden Staaten gar nicht dieselben. Holland ist größer, stärker bevölkert, besitzt ein bedeutendes Kolonialreich und durch seine Lage am offenen Weltmeer wirtschaftlich eine viel größere Beweglichkeit als die Schweiz. Trotzdem ist Holland bei derselben Politik völliger Neutralität und ängstlicher Vermeidung jedes außenpolitischen Willens angelangt. Besonders bezeichnend dafür ist die Haltung des Staates und der großen Masse der Bevölkerung gegenüber der flämischen Bewegung in Belgien. Ängstlich wird jede zu nahe Berührung und jede Einmischung in die belgischen Verhältnisse abgelehnt, in scharfem Gegensatz zu der sehr entschlossenen und rührigen Haltung Frankreichs und der französischen Öffentlichkeit gegenüber der flämischen Bewegung. Auch in den Kolonien ist Holland gesättigt und beschränkt sich gerade so wie in Europa auf die Erhaltung des Besitzstandes.

Ganz ähnlich liegen die Dinge bei Schweden, Norwegen und — mit einer Ausnahme allerdings — auch bei Dänemark. Schweden und Norwegen beschränken sich auf die Verteidigung ihres Besitzes und verhalten sich im übrigen völlig neutral. Dänemark tut dies auch mit Ausnahme der Haltung gegenüber Deutschland. Hier besteht noch eine Bewegung, die sich nach Süden, nach Schleswig hinein, ausdehnen möchte. Dazu ist auch das von Deutschland erworbene Nordschleswig ein bestrittener Besitz, der auf lange Zeit noch umkämpft sein wird, wenn auch kaum mit den Waffen. So wird Dänemark stärker in die große Politik hinein- und zur Aktivität gebracht als die übrigen nordischen Staaten. Dafür zeigt es andererseits auch starke Zerfallserscheinungen. Man denke an den Verzicht auf die Verteidigung aus eigener Kraft. Man denke an den Verkauf der Kolonien. Man denke an die fortschreitenden Loslösungsbestrebungen der europäischen Nebenländer, Island und Färör.

So finden wir überall eine mit der schweizerischen Außenpolitik ziemlich übereinstimmende politische Haltung. Nirgends ist eine größere Regsamkeit zu erwarten. Ja es ist nicht einmal mehr überall der feste Wille vorhanden, sich nötigenfalls selbst seiner Haut zu wehren. Das ergibt die Einschätzung durch die Großmächte, wie ich sie oben zu schildern versucht habe. Diese hindert allerdings nicht, daß man sich von den Großmächten aus recht lebhaft mit diesen neutralen Staaten beschäftigt. Frankreich hat sich zeitweise recht für die Schweiz interessiert und tut das heute in noch erhöhtem Maße gegenüber Holland. Dänemark geht es ähnlich. Und alle die Neutralen miteinander entfalten heute wieder eine gewisse Regsamkeit im Völkerbund, wo sie nun wieder von den Mächten umworben und benützt werden. Ob das zu ihrem Heile ausschlägt, muß die Zukunft lehren.

Aarau, den 1. Februar 1928.

Hektor Ammann.